

Sitzungen des Beirates des Kriegsernährungsamtes.

Hamburg, 23. Januar.

Aus den Sitzungen des Beirates des Kriegsernährungsamtes am 19. und 20. Januar in Berlin, über die wir schon berichtet haben, ist noch mitzuteilen, daß der Leiter der Reichsfleischstelle zur Fleischbewirtschaftung einen Ueberblick über die Abnahme des Viehbestandes durch die Abschlächtungen in der ersten Kriegszeit gab. Die Folge späterer Sparsamkeit war bald in unserer Viehstatistik sichtbar. Sie zeigt an sich eine erfreuliche Zunahme, die sich im wesentlichen auf das Jungvieh bezieht, während der Kuhbestand die alte Höhe noch nicht wieder erreicht hat. Wir müssen auch weiterhin sparsam im Fleischverbrauch sein, wenn wir nicht wieder in den Kuhbestand eingreifen und damit unsere Milch- und Fettversorgung schädigen wollen.

Ueber die Versorgung mit Fischen wurde vom Reichskommissar für Fische ausgeführt, daß an der ganzen Küste etwa 20 Gesellschaften gebildet seien, die den Fang und die Einfuhr ziemlich restlos erfassen. Verschiedene Maßnahmen seien getroffen, um die Preisbildung zu regeln.

Gegenstand eines weiteren Berichtes war die Bewirtschaftung von Milch und Fett. Der Leiter der Reichsstelle für Spelzenteile führte aus: Seit dem Verbot der Verfütterung und der Verbrennung der Kartoffeln und nachdem auch die Kohlrüben im wesentlichen der Verfütterung entzogen sind, besteht das Futter in der Hauptsache aus Heu und Stroh. Dieses Futter allein genügt nicht, um Milch zu erzeugen. Voller ist eine Steigerung des Milchtrages im Winter nicht zu erwarten.

Von städtischer Seite wurde der Unterschied der Verhältnisse in Stadt und Land

herorgehoben. Hauptsächlich in bezug auf Milch müsse die Zufuhr nach der Stadt größer werden. Die Milchversorgung der Städte sei so eingeschränkt, daß in einem Teil der Städte tatsächlich nur die Vollmilch-Versorgungsberechtigten überhaupt Milch bekommen, während die ganze übrige Bevölkerung Milch in keiner Form erhalte. Dieser Zustand sei vom Standpunkt kriegswirtschaftlicher Gerechtigkeit nicht zu ertragen, wenn und solange auf dem Lande die Verhältnisse in dieser Beziehung noch erheblich günstiger liegen als in der Stadt.

Von Verbrauchersseite wurde der ungenügende Unterschied im Preise von Milch und Butter dafür verantwortlich gemacht, daß nicht mehr Milch in die Großstädte komme. Wenn dieses Mißverhältnis von Reichs wegen ausgeglichen werden könnte und einheitliche Preise für Milch festgesetzt würden, dann würde auch mehr Vollmilch in die Städte hineingebracht werden. Die Städte könnten dann den Vorrat, den sie über ihren Bedarf an Vollmilch hinaus haben, selbst zu Butter- und Magermilch verarbeiten.

Ein Vertreter großstädtischer Interessen kam dann auf die Frage der Hausfleischschlachten zu sprechen und meinte, daß der Vorzug der Selbstversorger doch ganz erheblich sei. Da müsse das Kriegsernährungsamt einen Ausgleich finden. Vom Kriegsernährungsamt wurde angegeben, daß die Anrechnung bei den Hausfleischschlachten ziemlich vorteilhaft sei, aber es handle sich hier um eine bewährte Einrichtung, die aufrechterhalten werden müsse.

Aus ländlichen Kreisen wurde der Rückgang der Milchlieferung damit begründet, daß auf dem Lande jetzt mehr Milch verbraucht werde als früher, da das amerikanische Schweinefleisch fehle. Vom Kriegsernährungsamt wurde erklärt, daß die Festsetzung einheitlicher Milchpreise, die gewünscht werde, in Vorbereitung sei.

Zur Bewirtschaftung des Brotgetreides wurde vom Kriegsernährungsamt erklärt, daß infolge der Kartoffelmisere die Futtermittelgewinnung bereits sehr eingeschränkt werden mußte. Zur Brotfütterung sei für die Monate Januar und Februar Gerstemehl in Aussicht genommen, für die anderen Monate Brotgetreide. Auf diese Weise werden wir unter allen Umständen mit unseren Brotgetreidevorräten bis zur neuen Ernte reichen.

Der Leiter der Reichsstelle für Nahrungsmittel und Eier gab die Auskunft, daß vom Februar ab eine größere Menge von Nährmitteln regelmäßig ausgegeben werden solle. Bei der Versorgung mit Eiern sei zu bedenken, daß im Frieden die Hälfte unseres Bedarfs durch Einfuhr gedeckt wurde.

Ueber die Lieferungsverträge

erhielt zunächst der Präsident des Kriegsernährungsamtes einen kurzen, einleitenden Bericht. Er hob hervor, daß vielfach das Mißverständnis vorgeherrschet habe, daß ein vollkommener Systemwechsel eintreten sollte, indem die bisher in voller öffentlicher Bewirtschaftung stehenden Waren in Zukunft durch das System der Lieferungsverträge ausgebracht werden solle. Inzwischen sei klargestellt, daß diese Absicht nicht bestehe, daß vielmehr nur solche Nahrungsmittel, die ihrer Natur nach nicht zur öffentlichen Bewirtschaftung geeignet seien, durch Lieferungsverträge schon beim Erzeuger erfasst werden sollten. In erster Linie ist hierbei an Gemüse und Obst gedacht. Die Frühlartoffeln sollen zwar von der Reichskartoffelstelle bewirtschaftet werden. Aber trotzdem sei es dringend erwünscht, daß solche Gemeinden, die es könnten und wollten, sich in ihrer Nachbarschaft durch Lieferungsverträge, wenigstens für die erste Zeit, wo die Ware besonders wertvoll sei, einen Teil ihres Frühlartoffelbedarfs sicherten und dadurch zum vermehrten Anbau früher Frühlartoffeln anregten.

In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß, soweit es irgend angängig ist, der legitime Handel bei diesen Lieferungsverträgen beteiligt werden müsse, da ihm allein die nötige Sachkunde zur Verfügung stünde. Bei leicht verderblichen Waren seien unter kommunaler Bewirtschaftung ohne Sachverständige vielfach große Verluste beobachtet worden. Bei Ab-

schluß derartiger Lieferungsverträge könne auch gleichzeitig die Versorgung der Produzenten mit Saatgut und Dünger berücksichtigt werden.

Ueber die Massenpeisung

wurde vom Kriegsernährungsamt berichtet, daß die natürliche Entwicklung der Volkstücken, Massenpeisungen usw. den Weg zur Zentralische genommen habe, was zweifellos gutzuheißen sei. Der Befürwortung der Zwangsmassenpeisungen kann das Kriegsernährungsamt grundsätzlich nicht beitreten. Das Richtige sei immer mehr Kriegsspeisehäuser einzurichten.

Ein weiterer Bericht betraf die Schwerearbeiter und im Zusammenhang damit die Hindenburgspende. In der Erörterung wurde darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über die Verpflegung der Schwerearbeiter den Kommunalverwaltungen den Ueberblick sehr erschweren. Vielfach seien die Munitionsarbeiter auch Selbstversorger und erhielten so eine unerwünschte Ueberversorgung. Im Interesse der städtischen Verwaltung wäre eine strenge Scheidung der Schwere- und Schwerearbeiter und der übrigen Bevölkerung zu wünschen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Förderung der Landwirtschaftlichen Erzeugung im Jahre 1917, erklärte der Präsident des Kriegsernährungsamtes, daß die Erfahrungen der Kriegsjahre gezeigt haben, daß die landwirtschaftlich nutzbare Fläche sich jetzt nicht vermehren lasse. Die Bestellung von Baustellen, Erzeugerplätzen und ähnlichem Gedland hat meist mit einem Mißerfolg gend. In der Besprechung wurde von landwirtschaftlicher Seite eine Reihe von wertvollen Vorschlägen und Anregungen gegeben und die Sorgen und Wünsche der Landwirtschaft zum neuen Wirtschaftsjahr in erschöpfender Weise vorgetragen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes schloß die Beratung mit der Mitteilung, daß im Laufe des März die nächste Sitzung des Beirates stattfinden werde, in der das wichtige Thema der Vorbereitung des nächsten Wirtschaftsjahres zur Verhandlung stehen soll.